

XXIV. GP.-NR

783 /J

28. Jan. 2009

ANFRAGE

des Abgeordneten Vilimsky
und weiterer Abgeordneter

an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend fragwürdige Fahrplanumstellung der ÖBB

Das derzeitige Prestigeprojekt der ÖBB, der Railjet, soll die Reisezeiten auf Österreichs Schienen verkürzen. 600 Millionen € will die ÖBB heuer in die Instandhaltung und Sanierung der bestehenden Infrastruktur investieren. 2009 sollen beispielsweise fast alle Wiener Hauptbahnhöfe im großen Umfang saniert werden, zudem wird es Bahnhofsumbauten in Salzburg geben sowie Arbeiten an ÖBB-Hauptstrecken im Westen und Süden. Inklusive Neu- und Ausbau plant die ÖBB heuer auf rund 1.500 Baustellen Infrastrukturinvestitionen in Höhe von rund 1,8 Milliarden €.

Diese Investitionen sind nicht zuletzt aufgrund der derzeitigen Wirtschaftskrise grundsätzlich positiv zu beurteilen und sollen der ÖBB dazu verhelfen, ein modernes Unternehmen zu bleiben bzw. zu werden.

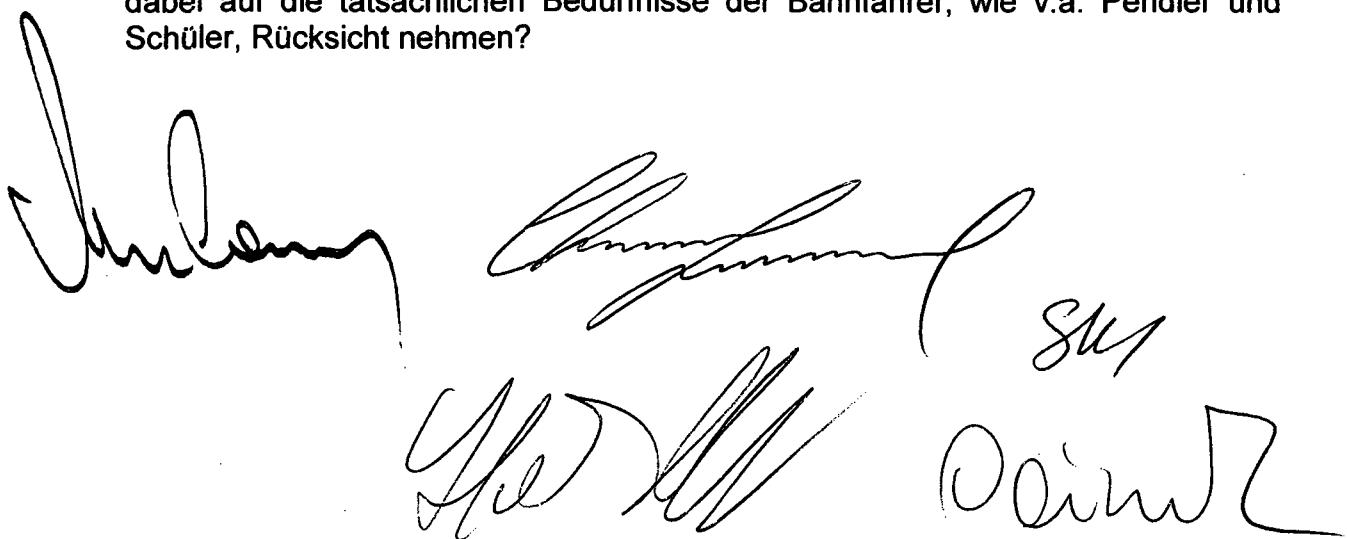
Dennoch stellt sich gerade jetzt, wenige Wochen nach der Umstellung auf den neuen Fahrplan, die Frage nach der Zukunft des Unternehmens und der künftigen Nutzung der ÖBB als öffentliches Verkehrsmittel für Schüler und Pendler.

Als wesentliches Ziel der österreichischen Verkehrspolitik wird immer die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Scheine genannt. Dazu benötigt man aber vor allem attraktive Fahrpläne, die den Bedürfnissen der Bahnkunden gerecht werden. Gerade die letzte Fahrplanumstellung wirft aber die Frage auf, inwieweit die ÖBB wirklich kundenfreundlich ist und wie man sich die Zukunft des Unternehmens tatsächlich vorstellt. Der neue Fahrplan wird von vielen Seiten massiv kritisiert. Abfahrts- und Ankunftszeiten sowie Anschlusszüge, die bislang vor allem für Schüler und Pendler gut vereinbar mit Schul-, Dienst- und Arbeitszeiten waren, gibt es nicht mehr bzw. sind so verlegt, dass sich – wo ein Umsteigen auf das Auto nicht möglich ist – der tägliche Weg zur Schule und zur Arbeit massiv verlängert oder man ein regelmäßiges Zuspätkommen in Kauf nimmt.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie folgende

Anfrage

1. Aus welchen Gründen ist es zu einer Umstellung des Fahrplanes mit kundenfeindlichen Umsteigmöglichkeiten und ungünstigeren Anschlussverbindungen gekommen?
2. Wie viele Beschwerden aufgrund des neuen Fahrplanes gab es seit dessen Einführung?
3. Welche volkswirtschaftlichen Kosten entstehen durch die (durch die Umstellung des Fahrplanes bedingten) längeren Wegstrecken und den regelmäßig verspäteten Arbeitsbeginn von Bundes- und Landesbediensteten seit dem Inkrafttreten des neuen Fahrplanes?
4. Inwieweit sind aus Ihrer Sicht Fahrplanänderungen zulasten der Bahnfahrer, mit Bahnverbindungen, die zu längeren Schulwegen und zu längeren Fahrzeiten zur Arbeit bzw. zu regelmäßigem Zuspätkommen führen, mit dem angeblich Ziel der österreichischen Verkehrspolitik, Verkehrsleistungen von der Straße auf die Schiene zu verlegen, vereinbar?
5. Inwieweit hat sich seit der Umstellung des Fahrplanes im Dezember 2008 die Zahl der regelmäßigen Bahnbenutzer geändert?
6. Inwieweit hat sich der Einsatz des Railjet auf die Fahrpläne ausgewirkt, d.h. inwieweit gibt es durch den Einsatz des Railjets kürzere Fahrzeiten und dadurch bedingte Fahrplanänderungen auf weiteren Strecken?
7. Wann wird es die nächste Fahrplanumstellung geben und inwieweit wird man dabei auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Bahnfahrer, wie v.a. Pendler und Schüler, Rücksicht nehmen?



Wien am
25. JUNI 2009